

Bezugspreis:

Wöchentlich 30 Pf., monatlich 1,00 M., ...

Telegraphische Adressen

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 1. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Unsere Strafe für Breslau.

Die von dem französischen Botschafter heute überreichte Note fordert:

- 1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in stand gesetzt. 2. Die deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten...

Dann heißt es:

Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Verletzung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist...

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten...

Polens Imperialismus.

Paris, 31. August. (W.F.) Der Berichterstatter der „Information“ in Warschau hatte eine Unterredung mit Marschall Pilsudski, wobei dieser erklärte, er halte es angeht, die ausgedehnte Front und die numerische Stärke des polnischen Heeres für unmöglich, daß das polnische Heer eine rein defensive Haltung einnehme...

Offenbar genügen ihm schon wieder rein polnische Gebiete nicht! Königsberg i. Pr., 31. August. (W.F.) Die Polen haben am 30. August, angeblich nach einem Kampfe, Suwalki besetzt. Polnische Erkundungsabteilungen sind in Solotta und Karewo eingedrungen...

Auf der Ostsee, 31. August. (Eigener Funkpruch des „Vorwärts“.) Von unserem Dampfer schickten wir gegen Mitternacht ein großes französisches Kriegsschiff, das in der Richtung nach Danzig fuhr.

Maßstab nicht verlieren!

Königsberg, 31. August. (T.N.) In einem Funkpruch der Moskauer Regierung an den russischen Vertreter in Berlin, Kopp, heißt es, daß polnische Truppen die deutsche Grenze überschritten hätten, ohne entzweit worden zu sein. Der Vertreter wird angewiesen, Erklärungen von der deutschen Regierung zu verlangen...

Es handelte sich bei den Grenzverletzungen polnischer Truppen um unerhebliche Vorfälle, gegen die deutsche amtliche Stellen sofort an Ort und Stelle protestiert haben und deren Ausklärung im diplomatischen Wege betrieben wird.

Litauen protestiert.

Kopenhagen, 31. August. (T.N.) Zu dem polnisch-litauischen Zusammenstoß wird noch aus Romno gemeldet, daß er für beide Teile mit Verlusten endete. Die litauische Regierung wies ihre Vertreter in London und Paris an, gegen das Vorgehen der Polen Protest einzulegen...

Eine italienisch-deutsche Konferenz zur Regelung von Ernährungshilfe und Kohlenlieferung findet auf italienische Einladung am 2. September in Stresa statt. Vermutlich geht ein...

bleiben einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird...

In diesem Sinne beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind...

Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Übergriffe gegen die internationalen Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erfordern scheinen.

Unsere Stellung zu den oberschlesischen Ereignissen ist bekannt. Wir haben niemals die schwere Schuld der französischen Militaristen verdrängt, die durch ihre Parteilichkeit den Anlaß zu den blutigen Exzessen in Oberschlesien gegeben haben...

Das soll uns aber nicht hindern, ausdrücklich zu betonen, daß wir in den französischen Forderungen nichts zu Unbilliges erblicken vermögen. Und wir wenden uns schon jetzt entschlossen gegen den zu erwartenden Proteststurm der alldeutschen Presse...

Nur über das Verlangen nach Bestrafung des Hauptmanns v. Arnim halten wir noch mit unserem Urteil zurück, bis wir Näheres über diesen Herrn und seine Rolle erfahren haben werden. Schritte, die wir noch gestern abend in diesem Sinne unternahmen, scheiterten daran, daß um 10 Uhr abends niemand außer dem Bförtner im Auswärtigen Amt bzw. in der Presseabteilung der Reichsregierung anzutreffen war...

Oberschlesiens Nachzittern.

B. S. Wenn auch in den letzten zwei Tagen keine neuen Ausschreitungen vorgekommen sind, so muß man doch die Situation noch als sehr gespannt bezeichnen. Einigen allen Versicherungen der Generale Le Rond und Genier sind Stadt und Kreis Plesch noch jeglichen Schutzes beraubt. Eine Anzahl Schwerverbrecher, die am 22. August den Gefängnisausbruch überwältigten und dann entflohen waren, treiben sich unbelästigt umher...

Neue Morde?

B. S. Die Landjäger Dölge, Römisch, Kell, Schleit und Schimanski hatten sich in die Nähe von Groß-Cantow begeben, um den Verbleib des dem Landjäger Römisch gehörenden, bei Beginn des Aufstandes geraubten Privateigentums zu ermitteln. Unterwegs wurden sie von bewaffneten Polen überfallen...

Die Schadenersatzforderungen.

Kattowitz, 31. August. (W.F.) Die polnisch-deutsche Grenze ist vollkommen offen. Entschädigungsforderungen sind in großer Zahl angemeldet. Die Kattowitzer Polen meldeten bei der internationalen Kommission für Beschädigung von polnischen Geschäften und Verletzung des polnischen Plebiszitkommissariats vier Millionen Schadenersatz an...

Der große Betrug.

Von den vier Abgeordneten der U. S. P. nach Moskau hatten sich bisher drei in der „Freiheit“ zum Wort gemeldet, jedoch ausschließlich die Anschlussfrage besprochen. Ueber ihre Beobachtungen und Eindrücke in Sowjet-Rußland hatten sie sich bisher nicht geäußert. Nun aber tritt jener der vierte Delegierte, Wilhelm Dittmann, auf den Plan und erzählt im Zentralorgan der U. S. P. von den Erlebnissen jener 120 deutschen Industriearbeiter, die sich hatten dazu verleiten lassen, nach Sowjet-Rußland auszuwandern...

Ein Teil von ihnen weigerte sich, zu arbeiten und wollte zurück nach Deutschland. Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden, ihnen sei gesagt worden, daß sie in eine kleine Fabrik für sich kämen, die sie selber verwalten sollten, daß Wohnungen für alle vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei...

Daraufhin fuhren unsere vier U. S. P.-Diplomaten nach Kolonna, einer 2000 Einwohner zählenden Stadt. Diese Seelenziffer, die von Dittmann als die jetzige angegeben wird, ist schon deshalb interessant, weil er in der nächsten Zeile mitteilt, daß die betreffende Maschinenfabrik früher 17000 Arbeiter beschäftigt habe, jetzt allerdings nur noch 5000. Es ist eben das Schicksal aller Industriestädte in Rußland...

In Kolonna angelangt, machten Dittmann und Genossen einen Rundgang durch die Fabrik und konnten sich sofort von der Richtigkeit der Klagen selbst überzeugen:

Arbeitsstätte und Werkzeuge lagen vielfach defekt umher, Maschinen, die stillstanden, waren offensichtlich verwañt. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles furchtbar langsam gehe und schlecht funktionierte. Trotzdem sie unter den schlechtesten Ernährungs- und Betriebsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe einer von ihnen ebensoviel als fünf Russen. Die russischen Arbeiter seien teils zwangsweise aus den Dörfern zur Arbeit geholt, teils kämen sie freiwillig, um das Entgelt auf einen „Rajod“ zu bekommen...

Und nun erzählt Dittmann von einer eigenartigen Versammlung, an der er und seine drei Mitreisenden teilnahmen und die von jenen achtzig (von 120!) deutschen Arbeitern organisiert war, die schon nach acht Tagen von der ganzen Sowjet-Herrschaft genug hatten und zurückwollten...

Was soll das heißen?

ungefähr folgen, weil er ebenso lehrreich wie ergreifend ist und weil er den großen Betrug, der seit Jahr und Tag von den Linkstotalitären in allen Ländern mit Sowjet-Rußland getrieben wird, lebendiger veranschaulicht, als alles, was bisher hierüber geschrieben wurde:

Als Botschafter der Inzuchtlichen schilderte zunächst Genosse Fährlich, Oberbürgermeister die Lage. Er gab an, daß 80 Mann zurückgeblieben, 60 seien anwesend, 11 arbeiteten in der Fabrik. Von den Anwesenden seien 40 Mitglieder der U. S. P. D., 13 der S. P. D. und 6 der S. A. P. D., von 10 Parteiloßen seien 8 Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen. Sie seien belogen und betrogen worden von den Auswanderungsagenten. Die russische Regierung verweigere jetzt die Rückreise. Die Lebensmittelmittelverhältnisse seien so, daß sie nicht leben könnten. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutspucken und Blut in den Abgängen. „Hier müssen wir hungern. Das Brot ist schlecht und ungenießbar, es ist voller Gädelf. Die Unterfrucht ist ebenso schlecht. Erst haben wir vier 4 Tage im Bahnwagen liegen müssen ohne Decken, dann hier in den Häusern, in denen wir jetzt zusammengepackt sind, 8 Tage ohne Stroh. Wir arbeiten, indem wir für die Gemeindefabrikarbeiten verrichten. Wir wollen aber zurück. Man hat uns als „Einringlinge“ und „Konterrevolutionäre“ bezeichnet.“ Hier ist kein Kommunismus, was hier ist, tragt zu nichts.“

In ähnlicher Weise sprach dann Genosse Grimm-Plauen. Er habe Haus und Hof mit Gärtnerei in Deutschland aufgegeben. Ihm sei gesagt worden, in Rußland brauche man kein Geld, er sei deshalb mit 8 Pfennig nach Rußland gekommen, und nun zeige sich, daß man nirgends mehr Geld brauche als in Rußland, denn es fehlen selbst die nötigsten Lebensmittel. Brot und Suppe sind nicht zu essen, dazu die heiße Temperatur, das sei nicht zu ertragen. Durch alle Strapazen seien sie so entkräftet, daß sie außerstande seien, produktiv zu arbeiten. Er habe 35 Jahre für den Sozialismus gearbeitet und sei ausgewandert, Rußland aufzubauen zu helfen und der Weltrevolution zu dienen. Aber der Hunger mache ihm das unmöglich.

Der nächste Redner, Genosse Hartmann-Hamburg, wandte sich scharf gegen die Vertreter der Auswanderervereine und die „Mäzegeitung“, durch die bei ihnen ganz falsche Vorstellungen über die Verhältnisse in Rußland geweckt worden seien. „Wir sollten in die Moskauer Gegend kommen, in eine Fabrik im Walde, die wir allein übernehmen sollten. Für unsere Familien werde gesorgt werden, bis sie auch hier seien. Die russischen Arbeiter tragen Lederanzüge, die Bourgeois gingen in Lumpen. Jetzt ist alles ganz anders... Wir wollen zurück nach Deutschland!“

In einer zweiten Rede jagte Fährlich noch weitere Transporte nach Rußland müßten verhindert werden. Was seien 11 000 bis 12 000 Rubel monatlich, wo ein Pfund Butter allein 3500 Rubel koste und alle übrigen Lebensmittel, auch Kartoffeln, ähnlich teuer seien. Sie seien von allem abgeschnitten, nicht einmal Briefe könnten sie nach Deutschland senden.“

Nun ergriffen nacheinander die vier Abgeordneten das Wort, um je nach ihrer allgemeinen Stellung zu Sowjet-Rußland die Enttäuschungen in ihren Klagen zu unterstützen (Dittmann-Crispien) oder sie zu beschwichtigen (Däumig-Stöcker). Zwischenwährend sprach auch ein russischer Kommissar Makarow in seiner Muttersprache in beruhigendem Sinne, seine Rede wurde von den eingewanderten Deutschen jedoch wiederholt heftig unterbrochen und die Wahrheit seiner Behauptungen lebhaft bestritten.

Dittmann soll ihnen u. a. gesagt haben:

„Wenn ich vor 4 Wochen in einer Versammlung ihnen dasselbe gesagt haben würde, dann hätten sie mich wohl kaum ausreden lassen. Jetzt läßt sie es am eigenen Leibe erfahren, wie recht wir in unseren (?) Warnungen vor einer Auswanderung nach Rußland unter den jetzigen Umständen hätten.“

„So, wenn! Aber das ist es eben, was Dittmann und seine Freunde unterlassen haben, eben weil sie Demagogie sind, die nur das reden und schreiben, was die Masse hören und lesen will und es bisher stets den „Sozialverrättern“ von der Scheidemannpartei überlassen haben, den Arbeitern das zu sagen, was sie vielleicht nicht gerne hören. Wie oft hat gerade die „Freiheit“, die heute den lehrreichen Dittmannschen Artikel abdruckt, andere Aufsätze veröffentlicht, in denen Sowjet-Rußland als das Land der Zukunft gepriesen wurde, das für die deutsche Arbeiterklasse das gegebene Auswanderungsgebiet bilde usw. usw.! Und wir, die wir die Seele Dittmanns und seine Laufbahn besser kennen, als jene armen nach Kolonna verfallenen deutschen Proletarier, wir meinen, daß er den Mut zu dieser furchtbaren Anklage nur aus der Tatsache schöpft, daß er selbst auf der „Schwarzen Liste“ Moskaus steht. Und weil ihm keine politische Zukunft im linksradikalen Lager mehr bevorsteht, spielt er jetzt den Enttäuschten gegen Sowjet-Rußland. Die U. S. P. soll „gewarnt“ haben? So! Und wie erklärt sich denn die Tatsache, daß von den 69 Anwesenden in der Versammlung nicht weniger als 40 Unabhingige waren? Wodurch haben sie denn ihre Vorliebe zu Sowjet-Rußland gewonnen, wie ist ihr Entschluß zur Auswanderung gereift, wenn nicht durch die Lektüre der „Freiheit“ und durch den Besuch der unabhängigen Versammlungen?“

Gleichzeitig mit ihrer Propaganda zugunsten Sowjetrußlands haben die Unabhängigen systematisch den deutschen Arbeitern das eigene Land zu berekeln versucht. Crispian, der heute mit Dittmann den Rätewahnsinn bekämpft, will, denunziert einst vor der gesamten Internationalen in Rußland das republikanische Deutschland als „schlimmer als unter dem Sozialistengeßel!“ Und in einem Artikel der unabhängigen Wochenschrift „Die Freie Welt“, die sonst allwöchentlich für Sowjetrußland in Wort und Bild Reklame macht, bezeichnete derselbe Crispian das „Deutschland Roskes und Scheidemanns“ als einen „Zuchtstaat“. Wo der „Zuchtstaat“ in Wirklichkeit ist, darüber mögen nun die Arbeiter an der Hand des Dittmannschen Berichtes selber urteilen.

Bald wird die Zeit kommen, in der die überwiegende Mehrzahl gerade jener verbehten Arbeiter, die nicht genug über unsere „Blutunde“ schimpfen konnten, erkennen werden, daß sie es nicht zuletzt dem mühtigen Auftreten dieser sogenannten „Blutunde“ gegen die niedrige und betrügerische Demagogie von links verdanken, wenn nicht heute in ganz Deutschland ähnliche oder gar noch schlimmere Zustände herrschen, als jene, unter denen die beklagten deutschen Auswanderer von Kolonna und mit ihnen das ganze russische Proletariat zu leiden haben!

Aus dem ausführlichen Bericht der englischen Arbeiterdelegation, die kürzlich in Rußland weilte, ist noch hervorzuheben, daß die Gerüchte betreffend häufiges Vorkommen von Verbrechen, Unordnung, Hungertoten, Betäubung chinesischer

Die Kontrollkommission der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften hat in einer Sitzung am 31. August von folgenden

Verfügungen

Kenntnis genommen:

Telegrammbrief!

7/Dmt.

München, den 21. August 1920.

An

D. Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg.

Zu dem allen Deutschen D in Abschrift mitgeteilten Telegrammbrief des Reichsverkehrsministeriums E 3 a 31 Nr. 1860 an D Halle vom 9. August d. J.

Die Kommissionen, die zur Kontrolle neutralitätswidriger Transporte nach meinem Telegrammbrief 7/Dmt. vom 4. August d. J. gebildet wurden, sind aufzuheben. Nicht berührt sind durch den Erlaß des Reichsverkehrsministeriums die Ueberwachungskommissionen, die zur Bekämpfung des Schmuggels und Schieberturns gemäß Ziff. 9 der E V 1920/8 aufgestellt worden sind. Ich möchte jedoch bei diesem Anlaß darauf hinweisen, daß die Beamten und Arbeiter für diese Kommissionen mit besonderer Sorgfalt auszuwählen sind, damit Gewißheit gegeben ist, daß diese Ueberwachungsbeamten sorggemäß arbeiten und sich unbedingter Eingriffe enthalten.

R. S. M. J. A.
Frauendorfer.

Telegrammbrief!

E. III. 32 Nr. 3794.

Berlin W. 66, den 28. August 1920.
Wilhelmstr. 79.

An

alle Eisenbahndirektionen, General-Eisenbahndirektionen, nachrichtlich Generalbetriebsleitung Ost, Süd, West, Eisenbahn-Zentralamt, Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Braunschweig-Deisen.

Bahern,
Sachsen,
Süddeutsche,
Baden.

die Eisenbahn-Generaldirektion in Schwelm und Eisenbahndirektion in Odenburg — je besonders —

Betrifft Anhalten der Waffen- und Munitionsendungen.

Durch besonderen Telegrammbrief werden die (Titel) von den zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betreffend die Entwaffnung der Zivilbevölkerung unterrichtet. Das Reichskabinett hat sich nun dahin schlüssig gemacht, daß die Prüfung aller Sendungen in den Händen der Verwaltung zu bleiben hat. Für die Prüfung verantwortlich ist der Dienststellenvorsteher. Hat dieser Zweifel über die Zulässigkeit eines Transportes, ist das Gutachten eines vom Entwaffnungskommissar demnächst einzuschickenden Ausschusses einzuholen; in diesem Ausschuss wird auch die Eisenbahnverwaltung (Dezernent und Betriebsrat) vertreten sein. Bei Meinungsverschiedenheiten im Ausschuss ist Transport zurückzubehalten bis zum Eingang endgültiger Entscheidung. Diese Entscheidung hat endgültig der Kommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung zu treffen.

Alle Transporte, die nicht unter dieses Verbot fallen, sind rückwärts durchzuführen. Gegen Bedienstete, die sich dem widersetzen, ist mit allen Mitteln, nötigenfalls Entfernung aus dem Amt oder dem Dienstverhältnis, gegen Dritte durch Anzeige an Staatsanwaltschaft, einzuschreiten.

Truppentransporte, die auf Anordnung der zuständigen Behörde erfolgen, sind unter keinen Umständen anzuhalten. Wegen Verhinderung neutralitätswidriger Transporte ergeht besonders Erlaß.

Die Bediensteten sind sofort zu unterweisen.

Der Reichsverkehrsminister.
(L. S.)

Telegrammbrief!

II. 212.

Berlin W. 66, den 28. August 1920.
Wilhelmstr. 79.

An

alle Direktionen, Generaldirektionen, Eisenbahnenzentralamt, nachrichtlich GBL Ost, Süd, West, Zweigstellen.

Betrifft Verhinderung neutralitätswidriger Transporte.

Durch die Verordnungen der Reichsregierung vom 26. und 30. Juli 1920 (Reichsgesetzbl. S. 1499 u. 1485) betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen usw. nach den Gebieten der polnischen Republik und der russischen Sowjet-Republik ist die Ausfuhr und Durchfuhr der in der Verordnung vom 30. Juli unter Nr. 1 bis 19 aufgeführten Gegenstände verboten. Zur Erläuterung dieser Verordnung hat das Auswärtige Amt Richtlinien aufgestellt, die den Tit. durch Erlaß vom 10. August 1920 B III a Nr. 1639 mitgeteilt worden sind. Die Ueberwachung der Aus- und Durchfuhr und das Einschreiten wegen Verstößen gegen die obengenannten Verordnungen liegt den dazu verfassungsmäßig zuständigen Behörden ob. Dies sind die Polizeiverwaltung, der Kommissar zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, die Polizeiverwaltungen und die Staatsanwaltschaft. Diese Behörden haben zu entscheiden, ob ein Gut ausgeführt werden darf oder als neutralitätswidrig zu beschlagnahmen ist. Alle anderen Behörden, auch die Eisenbahnverwaltungen, sind nur berechtigt und verpflichtet, die vorgeordneten Behörden in dieser ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

In Ausführung vorstehender Grundsätze bestimme ich folgendes:

Diejenigen Verwaltungen, deren Bezirke an der Grenze oder an den Küsten des Deutschen Reiches oder den Grenzen der besetzten Gebiete liegen, haben dafür zu sorgen, daß Transporte, die für eine der beiden kriegführenden Mächte bestimmt sind, das Gebiet des unbesetzten Deutschlands nicht verlassen, ehe die zuständigen Behörden Gelegenheit gehabt haben, die Zulässigkeit der Ausfuhr festzustellen. Bei dieser Feststellung haben die Eisenbahndienst-

Truppen und Rationalisierung der Frau als unwar bezeichnet werden. Obwohl eine vollkommene gesellschaftliche Gleichstellung bei weitem nicht erzielt sei, bestanden die schreiendsten Gegensätze in der Vermögensverteilung nicht mehr. Die Kommission hebt die systematischen Bemühungen hervor, die unternommen werden, um die wirtschaftlichen und sozialen Zustände zu bessern. Wegen Mangels an Transportmitteln infolge der Blockade und der Kriege herrsche viel Hunger, auch unter den Kindern, für die in erster Linie gesorgt werde. Die Kinder empfangen aber nur zwei Drittel der nötigen Nahrung. An Arzneimitteln herrsche Mangel. Die Delegation spricht zum Schluß die Ansicht aus, daß die Angriffe auf Rußland vom Westen her zur Ausbreitung des Bolschewismus in Persien und in Ostasien führen würden.

Dem unabhängigen Kriegsschauplatz.

Rautsky nimmt nicht teil.

In den Spalten der unabhängigen Blätter tobt der Kampf für und wider Moskau fort. Neues wird von keiner Seite mehr vorgebracht. In der „Freiheit“ kommt jetzt der Moskauer Delegierte Walter Stöcker zum zweiten Teil seiner Aus-

stellungen der Grenzbahnhöfe unter Verantwortung der Dienststellenleiter die zuständigen Behörden zu unterstützen und namentlich ihnen diejenigen Sendungen zu bezeichnen, bei denen der Verdacht einer Neutralitätsverletzung vorliegt. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß auf den Grenzbahnhöfen bestimmte Beamte und Arbeiter beauftragt werden, den Dienststellenleiter in dieser Aufgabe zu unterstützen. Diese Maßnahme erscheint auf den Bahnhöfen im Innern Deutschlands entbehrlich, selbstverständlich besteht aber auch für die Dienststellen im Innern Deutschlands die Pflicht, die Annahme neutralitätswidriger Transporte zu verweigern und offensichtlich neutralitätswidrige Transporte anzuhalten. Willkürliche Eingriffe sowohl der Eisenbahndienstlichen, als auch Dritter unter dem Vorwand, die Neutralität zu wahren, sind unter allen Umständen zurückzuweisen. Auf den Telegrammbrief vom 28. August betreffend das Anhalten von Waffen- und Munitionsendungen wird hierbei verwiesen.

Der Reichsverkehrsminister.
(Stempel.)

Telegrammbrief!

Berlin W. 66, den 28. August 1920.
Wilhelmstr. 79.

An

alle Direktionen, Generaldirektionen und Zentralamt, nachrichtlich GBL Ost, Süd, West sowie die Zweigstellen.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung für die Zivilbevölkerung beauftragt, auf Grund des § 9 des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. 8. 20 den Transport von Militärmunition und Munition zu untersagen.

Die vorangeführt schon in den nächsten Tagen in Kraft tretende Verordnung wird, soweit sie den Transport auf der Eisenbahn betrifft, etwa folgenden Inhalt haben:

Jede Art der Beförderung von Militärmunition, wesentlichen Teilen von Militärmunition und Munition auf der Eisenbahn ist verboten.

Das Verbot gilt nicht für die auf Grund des Friedensvertrages für die interalliierten Truppen zu befördernden als solche gekennzeichneten Erfaß-, Nach- und Abschubtransporte.

Von dem Beförderungsverbot sind ferner ausgeschlossen:

1. Waffen- und Munitionstransporte, deren Inhalt gemäß dem Friedensvertrage an die interalliierten Mächte auszuliefern ist.
2. Waffen- und Munitionstransporte, deren Inhalt zwecks Durchführung des Friedensvertrages und zwecks Erfüllung der in dem Abkommen von Spa übernommenen Verpflichtungen zur Ablieferung an Sammelstellen oder zur Zerlegung und Verflüchtung bestimmt ist.

Auch diese Transporte sind als solche zu kennzeichnen.

Von dem Beförderungsverbot sind schließlich ausgenommen Waffen- und Munitionstransporte, die für die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenchaft bestimmt sind, sofern für sie in jedem Einzelfalle die Genehmigung der zuständigen Behörden erteilt und diese Genehmigung aus dem Frachtbrief ersichtlich ist.

Der Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung wird noch bekanntgegeben werden. Von diesem Zeitpunkt an ist bei Waffen- und Munitionstransporten folgendes zu beachten:

Transporte, die nach dieser Verordnung zugelassen, richtig beschriftet und gekennzeichnet sind, müssen unter allen Umständen befördert werden.

Liegt bei einer Sendung der Verdacht vor, daß es sich um einen nach der Verordnung unzulässigen Transport handelt, oder um einen Transport, der nur mit besonderer Kennzeichnung oder mit besonderer Genehmigung zugelassen, aber unter Außerachtlassung dieser Vorschriften unter falscher Deklaration ausgeführt ist, so ist nach § 8 Ziff. 1 der allgemeinen Abfertigungsbestimmungen Teil II zu verfahren, d. h. es ist jede Dienststelle verpflichtet, die Zulässigkeit des Transportes sofort festzustellen, nötigenfalls durch Prüfung des Inhalts der Sendung. Ist nach dem Ergebnis der Prüfung der Transport unzulässig, so ist sofort der für die Beschlagnahme zuständigen Behörde zu erstatten und deren Entscheidung abzuwarten.

Außer der in derartigen Fällen durch Ziffer 8 des § 8 der Abfertigungsbestimmungen Teil II vorgeschriebenen Meldung an das vorgelegte Verkehrsamt ist mit von der entscheidenden Dienststelle sofort durch Telegrammbrief Anzeige zu erstatten.

Verantwortlich für die Befolgung der vorstehenden Anordnungen ist der Dienststellenvorsteher.

Gegen Unberechtigte (auch Kommissionen, Betriebsräte usw.), die den vorstehenden Grundsätzen zuwider in den Betrieb und Verkehr eingreifen, ist einzuschreiten.

Die Direktionen, Generaldirektionen werden beauftragt, vorstehende Anordnung durch Sonderausgabe des Amtsblattes den Dienststellen bekanntzugeben.

Außerdem wollen die Eisenbahndirektionen in ihr geeignet erscheinender Weise, auch unter Benutzung der Presse, möglichst allen Bediensteten einbringlich einschärfen, daß die Eisenbahnverwaltung gesetzlich verpflichtet ist, jede Beförderung auszuführen, die nicht nach gesetzlicher Vorschrift oder aus Gründen der öffentlichen Ordnung verboten ist, und daß jede Behinderung eines zulässigen Transportes eine Verletzung der gesetzlichen Transportpflicht bedeutet und die Eisenbahn haftpflichtig macht.

Zusatz für die Direktionen Trier, Köln, Mainz, Frankfurt, Ludwigshafen, Rattow:

In den besetzten Teilen der vorgenannten Bezirke kann vorstehender Erlaß erst durchgeführt werden, wenn das Gesetz über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung auch in den besetzten Gebieten eingeführt sein wird.

Der Reichsverkehrsminister.
(Stempel.)

Die Kommission hat diese Verfügungen sofort zum Gegenstand von Vorstellungen bei der Reichskanzlei gemacht und wird im Laufe des heutigen Mittwochs darüber mit der Regierung weiter verhandeln.

Wir werden über das Ergebnis berichten.

führungen, den Aufnahmebedingungen. Aber nachdem er erklärt hat, daß es überhaupt falsch sei, die Anschlussfrage als eine organisatorische Frage zu behandeln, redet er über die Aufnahmebedingungen so oberflächlich, daß man annehmen möchte, er habe sie gar nicht gelesen, wenn eben nicht dieses Verdrängende berechnete Wörtchen wäre. Stöcker ist für straffte militärische Zentralisation, weil er an eine friedliche Entwicklung nicht glaubt, und wir nach seiner Ansicht unmittelbar vor entscheidenden Machtkämpfen zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie stehen. Von Interesse ist eigentlich nur Stöckers Anfrage an Dittmann und Crispian, warum sie ihr jetziges „Unannehmbar“ nicht schon in Moskau vorgebracht hätten. Gerade Dittmann habe in Moskau mehrmals darauf hingewiesen, daß er schon immer für eine stärkere Zentralisierung in der Partei gewesen sei.

Rautsky veröffentlicht eine Erklärung, daß er nicht an der Debatte teilzunehmen gedenke, wenn auch über seine Person mit gestritten werde. Er verweist auf seine bevorstehende Studienreise nach Georgien, im übrigen seien seine Anschauungen bekannt. Unerwartete Probleme würden wohl in der Debatte nicht auftauchen. Darin scheint Rautsky recht zu behalten.

Entscheidung im Kampf um den Magistrat.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem nochmaligen Kampf um die Zusammensetzung des künftigen Magistrats und die den Magistratsmitgliedern zu gewährenden Gehälter. Die rechtsstehenden Parteien erreichten in der zweiten Lesung keine Umstößung des Beschlusses, daß der Magistrat nur aus Besoldeten zusammengesetzt werden soll. Auch bezüglich der Sachstädte, ihrer Zahl und Art, bleibt es bei den Beschlüssen der ersten Lesung. Es bleibt aber auch bei den in erster Lesung gefassten Gehaltsberabstimmungen, weil wieder Unabhängige und rechtsstehende Parteien in diesem Punkt einig waren. Ganz wohl schienen sich die Unabhängigen bei dieser Bundesgenossenschaft nicht zu fühlen — das zeigte der Lärm, mit dem sie die auf ihre Köpfe gemachten Späße des deutschnationalen Redners begleiteten. Unser Genosse Frank hielt ihnen vor, daß hier Agitationspolitik der äußersten Linken und Besheitspolitik der äußersten Rechten eine Mehrheit zustande gebracht habe. Sehr häßlich war eine Bemerkung des Redners der Deutschen Volkspartei über die „Krippe“, in die er nicht noch Hafer schütten will, weil ihre eigenen Pferde nicht herangelassen werden sollen. Er gestand hiermit die „Futterkrippengelüste“ der bürgerlichen Parteien ein, die ehemals in den Gemeinden hemmungslos befruchtigt werden durften. Nebenher steht ja schon fest, daß der künftige Magistrat auch Bürgerliche haben wird.

Der Sitzungsbericht.

Vorsitzer Dr. Wehl eröffnet nach 5 Uhr die zunächst schwach besuchte außerordentliche Sitzung. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Vorbereitung der Magistratswahlen, zweite Lesung.

In der vorigen Sitzung war in erster Lesung beschlossen worden, den Magistrat aus 30 Mitgliedern, und zwar nur aus besoldeten zusammenzusetzen, die Stellen nicht anzuschreiben und an Gehalt zu geben: Grundbesitz samt Grundsteuer des Oberbürgermeisters 52 000 M., dem Bürgermeister 30 000 M., den Sachstadträten 24 000 M., den anderen Stadträten 20 000 M., dazu den Sachstadträten und den anderen Stadträten fünf Zulagen von je 1200 M. alle zwei Jahre, allen Magistratsmitgliedern gegebenenfalls die Kinderbeihilfe, außerdem zunächst auf ein Jahr zum Dienstlohn (einschl. Kinderbeihilfe) einen Feuerungszuschlag von 50 Proz. für den Oberbürgermeister und die Sachstadträte, von 25 Proz. für den Bürgermeister und die anderen Stadträte.

In der zweiten Lesung beantragt die sozialdemokratische Fraktion, betreffs der Magistratsgehälter den Bescheid des Wer-Ausschusses wiederherzustellen. Die in der ersten Lesung abgelehnten Anträge der bürgerlichen Parteien über die Zusammensetzung des Magistrats werden wieder eingebracht. Die Deutsche Volkspartei will 12 Besoldete und 18 Unbesoldete; falls 30 Besoldete beschloffen werden, sollen darunter 5 Techniker, 2 Schulräte und 1 Sachverständiger für Land- und Forstwirtschaft sein. Die Deutschnationalen beantragen, bei 30 Mitgliedern 15 Besoldete und 12 Unbesoldete zu wählen; ebenfalls sei der Magistrat aus nur 20 Mitgliedern zusammenzusetzen, unter denen ein zweiter Stadtkassier, ein Sachverständiger für Wohn- und Siedlungsweesen, 2 weitere Schulräte, ein Sachverständiger für Land- und Forstwirtschaft sein soll. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei beantragen Aufschreibung. Ein neuer Antrag der Demokraten wünscht Anstellung eines Stadtrats für Leibesübungen. (Heiserkeit.)

Vor Eintritt in die Beratung stellt die Deutsche Volkspartei einen Antrag auf Vertagung, den von Echnern begründet: Wir befinden uns in völliger Unklarheit darüber, ob die berechtigten Wünsche der Winderheitsparteien bei der Stellenbesetzung berücksichtigt werden oder nicht. Darüber möchten wir uns zunächst in dem Ausschuss ausdrücken. — In namentlicher Abstimmung wird der Vertagungsantrag abgelehnt mit 122 Stimmen gegen 30.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Gehaltsfrage zuerst zu behandeln, wird abgelehnt.

Es wird dann in die Beratung eingetreten. Von Lindener (Dnal.) eröffnet die Debatte mit langen Ausführungen, die für die wieder eingebrachten Anträge keine neuen Gründe vorbringen. Er polemisiert gegen die Unabhängigen, deren Funktionärversammlung schon die Magistratsgehälter festgesetzt und die Posten verteilt habe. Für die in der

ersten Lesung auf Antrag der Unabhängigen herabgesetzten Gehälter werde man keine geeigneten Personen finden. Eine Wiederheraufsetzung aber würde nur bedeuten, daß die Steuererhöhen in die Tasche der Unabhängigen geleitet würden, die das Mehr an ihre Parteikasse abführen sollen. Darum habe seine Partei an den Gehaltsfestsetzungen der ersten Lesung fest. (Lärm bei den U. Soz., auf den die Deutschnationalen mit ähnlichem Lärm antworten.) Redner schließt mit Ausführungen über die angeblich gefährdete Selbstverwaltung der Stadt Berlin, in der künftig parteipolitische Voreingenommenheit herrschen werde.

Frank (Soz.): Von Unterbindung der Kinderheit im Magistrat kann keine Rede sein. Künftig wird die Stadtverordnetenversammlung größeren Einfluß haben. Sie wird dafür sorgen müssen, daß die Selbstverwaltung nicht leidet. Magistratsmitglieder für alle Sachangelegenheiten zu wählen, geht nicht an. Vieles kann und muß durch geeignete Beamte unter verantwortlicher Leitung des Magistrats bearbeitet werden. Die in der vorigen Sitzung beschlossene Gehaltsfestsetzung kann man kaum ernst nehmen. Tüchtige Kräfte sind nur für ausreichende Besoldung zu haben. Bürgermeisterei und Stadtratsgehälter würden im künftigen Berlin noch geringer sein als die bisherigen in manchen Vororten. Die Gehaltsberabstimmung widerspricht ja auch der früheren Haltung der Unabhängigen. Von links und von rechts soll ich

teils Agitationspolitik und teils Besheitspolitik

getrieben werden. Wir treten ein für die Gehaltsfestsetzungen des Ausschusses. Dagegen billigen wir die übrigen Beschlüsse der ersten Lesung.

Rielich (U. Soz.) wendet sich unter großer Unruhe der rechten Seite gegen die Angriffe von Lindeners. In der Gehaltsfrage fordert er die sozialdemokratische Fraktion auf, sich dem Standpunkt der Unabhängigen anzuschließen. (Zwischenruf bei den Deutschnationalen: Echnern als Kämmerer!) Seine Fraktion habe sich bei dem Antrag über die Gehälter nicht von Agitationsrücksichten leiten lassen.

Von Echnern (D. Sp.) erklärt sich mit der Gehaltsberabstimmung einverstanden. Seine Partei wolle nicht noch Hafer in die Krippe schütten, die von den Linksparteien allein befüllt werden solle. Er glaubt, daß eine Zusammenziehung des Magistrats nur aus Besoldeten nicht den Beifall der Staatsregierung finden wird. Die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens der Parteien werde gerätet, wenn so struppellos verfahren werde.

Müller-Franken (Wirtschaftsverband) fordert für das gewerbliche Schulwesen noch einen Schulrat. Er will auch unbesoldete Stadträte, aber mit Aufwandsentschädigung.

Dominicus (Dem.) kündigt schärfsten Widerspruch gegen einzelne Stadtratskandidaten der Unabhängigen an, denen die nötige Erfahrung in kommunalen Dingen fehle. (Lärm bei den Unabhängigen.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In persönlicher Bewertung befreit Ranasse (U. Soz.), daß in der Gehaltsfrage die Unabhängigen vorher eine andere Haltung eingenommen haben. Frank (Soz.) stellt demgegenüber fest, daß für die Festsetzungen des Ausschusses alle Unabhängigen geschlossen haben. Hoffmann (U. Soz.): Der Funktionärbescheid, daß ein Gehaltsmehr an die Parteikasse abzuliefern ist, sollte gerade die Bürgerlichen zur Ablehnung höherer Gehälter veranlassen.

Die Abstimmung ergibt: Der Magistrat soll aus 30 Mitgliedern bestehen (angenommen mit großer Mehrheit), diese sollen nur Besoldete sein (angenommen mit 102 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen 35 der übrigen Parteien). Die Zusammenziehung wird beschloffen wie in der ersten Lesung. Es bleibt also bei einem Schulrat, einem Stadtkassier und vier Technikern. Abgelehnt wird, besondere Stadträte für Wohn- und Siedlungsweesen, für Land- und Forstwirtschaft, für Leibesübungen zu wählen. Die Stellen werden nicht ausgeschrieben. Die Gehälter werden wieder mit den Stimmen der Unabhängigen und der rechten Seite wie in der ersten Lesung festgesetzt.

Groß-Berlin

90 Millionen für Notstandsarbeiten.

Dienstag vormittag fand im Friedrichshain eine „wilde“ Arbeitslosenversammlung statt, gegen die die Arbeitslosenräte

öffentlich Einspruch erhoben hatten. Die Versammlung beschloß, eine Deputation zum Berliner Magistrat zu entsenden und diesen zu veranlassen, umgehend der zunehmenden Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Am Nachmittag gegen 1/4 Uhr wurde die Deputation vom Oberbürgermeister Wermuth empfangen, der den Arbeitslosen erklärte, daß Berlin alles tun wolle, um der in erschreckendem Maße um sich greifenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun. Erst vor wenigen Stunden habe der Ausschuss für die Arbeitslosenfürsorge getagt und beschloffen, daß die Stadt 90 Millionen Mark für sofort in Angriff zu nehmende Notstandsarbeiten bewilligen solle. Oberbürgermeister Wermuth sprach die Erwartung aus, daß den Arbeitslosen mehr an Beschäftigungsmöglichkeiten als an einer Unterstützung gelegen sei. Die Deputation, die von dem Arbeitslosenrat Fischer geführt wurde, dankte dem Oberbürgermeister und erklärte im Namen der Arbeitslosen, daß sie es freudig begrüße, wenn den Arbeitslosen in möglichst großem Umfang Gelegenheit geboten werde, Arbeit und Verdienst zu finden.

Um das warme Zimmer.

Die Aussichten für die Brennstoffversorgung. — Nicht schlechter als im vergangenen Winter.

Wir haben uns mit der Berliner Brennstoff-Verschaffungs-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, um über die Aussichten, die sich der Berliner Bevölkerung im kommenden Winter für ein warmes Zimmer eröffnen, möglichst authentische Angaben zu erhalten.

Sein Rückblick auf die Kohlenbeschaffung im verfloßenen Winter erscheint es angebracht, einen Ausblick auf den kommenden Winter hinsichtlich der Brennstoffversorgung zu geben. Lassen die feststehenden Tatsachen und Aussichten eine Hoffnung auf eine Besserung in der Versorgung gegenüber dem letzten Winter zu? Diese letzte Frage ist zunächst einmal zu verneinen. Gemäß dem Späer Abkommen sind wir bekanntlich verpflichtet, große Mengen Industriekohle an die Entente abzugeben. Die für unsere Industrie aus dieser Tatsache sich ergebende Fehlmenge soll zum großen Teil durch Braunkohle, also Hausbrandkohle, gedeckt werden. Viele größere Industriewerke sind bei der Umstellung ihrer Betriebe zur Verwendung von Hausbrandkohle. Dadurch, daß immer größere Quantitäten von Hausbrandkohle ihrem Zwecke entzogen werden, wird es immer notwendiger, die sich ergebenden Lücken in der Hausbrandversorgung durch Ersatzbrennstoffe möglichst zu beseitigen. Trotz der unrationellen Feuerung bei Anwendung von Ersatzbrennstoffen (Holz und Torf) sind die Verbrauchsziffern in den letzten Jahren dauernd gestiegen.

Für den kommenden Winter hat neben anderen dicht besiedelten Groß-Berliner Kommunen die Stadt Berlin gerade hinsichtlich der Beschaffung und Versorgung von diesen Ersatzbrennstoffen große Vorzüge getroffen. Es wurde im Oktober 1917 die Berliner Brennstoff-Verschaffungs-Gesellschaft m. b. H. Friedrichstr. 150, gegründet, die nichts weiter ist, als ein vom Magistrat Berlin ins Leben gerufenes Unternehmen zur Verlieferung der Bevölkerung in der Hauptstadt der Kinderbemittelten, mit Ersatzbrennstoffen wie Holz und Torf, dessen Geschäftsanteile sämtlich im Besitze des Magistrats sind. Das Unternehmen wird zwar selbständig, kaufmännisch und sachmännisch, von anderen Dienststellen des Magistrats unabhängig, geleitet, steht jedoch in engerer Verbindung mit der Kohlendeputation des Magistrats Berlin und ist hinsichtlich seiner Preis- und Versorgungs-politik sowie anderer wichtiger Fragen den Beschlüssen der Deputation unterworfen. In der Brennstoffversorgung Berlins spielt also diese Gesellschaft eine wichtige Rolle. Sie gibt, was einem großen Teil des verbrauchenden Publikums noch unbekannt ist, Holz in kleinen und kleinsten Mengen in unbillig geringen Preisen ungeschliffen, geschliffen und eisenfertig zerleinert direkt von ihren acht Lagerplätzen an die Verbraucher ab. Für Stadtbezirke, in denen Plätze der Gesellschaft nicht vorhanden sind, sind Kohlenkleinhändler zum Vertriebe des Magistratskohles zugelassen, die unter den von der Gesellschaft gegebenen Verkaufsbedingungen und Preisen, sowie in den zur Verfügung gestellten Meßbänken das Magistratskohle an die Verbraucher abgeben.

- Platz I Selterstraße 27/28 (Gelände der städtischen Götterwerke).
II Brenzlauer Allee 80/81
III Greifswalder Str. 170

Das Licht der Heimat.

Von August Hinrichs.

Copyright by Quelle & Meyer, Leipzig.

Stirrend schlug der Vogebauer einen Taler auf den Tisch, und die ankündenden Klarinetten und Trompeten schmetterten einen neuen Tanz heraus.

Auf der breiten Diele, über deren Mitte die aus Grün geflochtene, mit bunten Bändern geschmückte Brautkrone lag, wickelten die Hochzeitsgäste durcheinander.

Die Mädchen zögerten, ehe sie ihren Tänzern folgten, und blickten wartend auf den Vogebauer am Musikantenisch; aber der, lachend und übermütig, sah über alle hinweg. Und jetzt, während das Getöse schon die Diele füllte, ging er hindurch, mit kräftigem Arm die Tanzenden beiseite schiebend, und bahnte sich einen Weg nach der anderen Seite.

Ein paar Mädchen wurden rot vor Freude, als er auf sie zukam, aber er ging an ihnen vorbei, schob eine Bank fort und stand plötzlich vor dem großen Tisch im Unterschlupf, an dem die Brautleuten mit der Pastorenfamilie und anderen Ehrengästen saßen.

Man schwenkte ihm die Gläser entgegen und schob ihm einen Stuhl zu, aber er achtete gar nicht darauf, pflanzte sich gerade dem Pastor gegenüber hin und lud mit einer leichten Verbeugung das neben ihm sitzende junge Mädchen zum Tanz.

Das war Meta Heyen. Sie war groß und schön, mit braunen Augen und einer hohen weißen Stirn, die noch heller leuchtete, da die dunkeln Böpfe wie ein Kranz darüber lagen.

Die Pastorin wandte den magern Hals und kniff unwillig die Lippen zusammen, das Mädchen sah sie fragend an und stand unsicher auf, da nahm der Vogebauer sie auch schon in den Arm und wirbelte mit ihr davon.

Alle sahen den beiden nach.

Ja, das war ein Kerl, der Vogebauer! Groß und wie eine Tanne gewachsen, den Kopf lang und schmal, und Sinn und Nase scharf und kantig, als wärs aus Holz geschnitten.

Wie kraftvoll er seine Tänzerin herumshawang! Auch die war groß und schlank, dennoch sah er auf ihren braunen Scheitel herab.

Aber sie hing ihm nicht so willig im Arm, wie sonst wohl die Mädchen, fast schien es, als sperrte sie sich ein wenig. Er sagte sie fester an, da sah sie prüfend in sein Gesicht — das strahlte sie an, lachend, sicher und froh; ein paar Sekunden tauchten ihre Augen ineinander, dann senkte sie die Wimpern — das Blut stieg ihr langsam in die Waden.

Um des Vogebauers Lippen zuckte es auf, er zog sie näher und fühlte den Widerstand schwinden. Rascher wirbelte er sie herum, schuf sich mit kräftigen Stößen Platz und tanzte quer durch die Mitte.

Jetzt waren sie gerade unter der bunten Krone. Da stieß er einen Jauchzer aus, stampfte mit beiden Füßen gewollig auf die Diele und hob mit mächtigem Schwung seine Tänzerin empor, daß sie oben die flatternden Bänder berührte.

Mit einem schmetternden Lusch schloß die Musik.

Ja, der Vogebauer war ein Ganzer. Ein Kerl wie ein Baum, und einen Hof besah er, wie weit und breit sein zweiter stand. Alle traten willig zur Seite, als er das junge Mädchen zurückführte, nur Harm Follers stand breit im Weg und rührte sich nicht.

„De, macht Platz!“

„Geh herum!“, brumnte der.

Das Mädchen sah ihn erstaunt an, da wurde er verlegen und ließ sie vorbeigehen.

Wenn Meta Heyen nachher von ihrem Tisch aus über die Diele blickte, sah sie immer über der bunten Menge den Kopf des Vogebauers anfragen und folgte ihm mit den Augen.

Seit einigen Wochen erst war sie im Dorf, und dies war das erstemal, daß man sie auf einer Festlichkeit sah. Ihr Vater war ein Vetter des Pastors und hatte eine schöne Bauernstube gehabt; aber er hatte viel verbraucht, und als er starb, waren nur Schulden da und allerhand Gerede dazu. Da mußte seine Tochter froh sein, daß sie hier bei ihren Verwandten leidlich unterkam.

Jetzt tanzte der Vogebauer wieder vorüber mit einem schwächlichen Mädchen. Das war Dina Geerts, das einzige Kind auf einem großen Bauernhof, und einige wollten wissen, daß der Vogebauer heimlich mit ihr verprochen war. Sie reichte ihm kaum bis an die Schultern und er sah beim Tanz über sie hinweg nach Meta Heyen. Warum wurde die rot, als er ihr in die Augen lächelte

Schon beim nächsten Tanz stand er wieder vor ihr.

Sie sperrte sich nicht mehr, und wenn er sie hochschwang hinter der Krone, ließ sie mit dem Kopf ins grüne Gewinde; das machte ihnen leiner nach. Alle brüllten Beifall. Als sie sich wieder setzte, sah sie Harm Follers in einer Ecke sitzen, und seine Augen sahen sie unverwandt an, traurig und gut, das machte sie ganz verwirrt.

Der Vogebauer kam immer wieder.

Selten war eine Hochzeit so lustig gewesen, und die Musikanten hatten nie so viel verdient wie heute. Dem Vogebauer kam es schon gar nicht darauf an; er opferte einen Taler um den anderen für einen Alleintanz mit dem schönen Mädchen. Wenn er ihr ins Gesicht sah, spürte er wohl, wie sie ihn anverleugte, und wie ein fast herber Zug um ihren Mund lag. Das reizte ihn dann, und er zog sie beim Tanz noch fester an sich.

Die Pastorin, die in ihrem schwarzen Seidenkleide mit der weißen, gefräselten Mütze in all dem Trübel auf ihre Würde bedacht war und noch ebenso steif und feierlich sah wie zu Anfang, kniff die Lippen immer mehr zusammen.

Sie hielt ihre Mädchen stramm im Hügel und erlaubte ihnen nicht allzu viel Vergnügen. Freilich, früher war ihr öfter so ein junges Ding aus dem Dienst gelaufen, aber sie war eine kluge Frau und nahm jetzt ihre Dienstboten lieber aus ihrer ärmeren Verwandtschaft — die waren billiger und mußten bleiben.

Am liebsten wäre sie längst mit dem Mädchen nach Haus gegangen; aber der Vogebauer hatte sich hinter den Pastor gesteckt, und wenn sie ihren Eheherrn auch nicht fürchtete, so durfte sie es doch mit dem größten Bauern in der Gemeinde nicht gut verderben.

Da wollte sie die Gelegenheit benutzen, als die auswärtigen Gäste heimfuhren und der Vogebauer lustig nicht zugegen war.

Aber als sie aus der Tür trat, gab es plötzlich ein gewaltiges Gello. Da sahen die vier Musikanten draußen rittlings oben auf dem hohen Strohdach der Scheune, ihre Instrumente blinken aus dem grünen Schatten der Eichen, die sich hoch darüber wähten. Sie schmetterten den Absahrenden ihren Abschied nach und der Vogebauer stand aufrecht vor ihnen und schlug den Takt dazu.

(Fortf. folgt.)

Platz IV Sandberger Straße, Eingang Landwehrstraße 28/29.

- V Bellestr. 4.
VI Rotibuler Nr. 21/22.
VII Ursulastr. (Kadefel).
VIII Roabit, verlängerte Morjeffstraße.

Der letzte Platz dient jedoch nicht als Kleinverkauf, sondern nur als Vorratssplatz, auch wird an eingetragene Kleinhandl...

Wie sind nun die allgemeinen Aussichten für den Winter? Die Läger der Berliner Brennstoff-Verkaufsgesellschaft m. b. H. weisen ganz enorme Bestände an Brennholz und Torf auf...

Die Verkaufspreise der V. S. V. G. sowohl auf den eigenen Plätzen der Gesellschaft als auch in den zugelassenen Verkaufsstellen haben gegenwärtig folgenden Stand:

Table with 2 columns: Item description (e.g., Kiefernholz bei Lieferung ab Lager ohne Karte mit Karte) and Price (e.g., 120,- 104,- M.).

Für Anfuhr wird bei Holz bei einer Anlieferung von mindestens drei Raummetern zu gleicher Zeit, gleichgültig ob geschnitten, gehalbt oder ungeschnitten, frei vor die Tür oder Hof für den Raummeter berechnet 10 M.; für Anfuhr von Torf von mindestens 25 Zentner zu gleicher Zeit für den Zentner 1,25 M.

Wie aus dieser Preisabelle ersichtlich, wird auch Holz und Torf auf Karten an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben. Als Minderbemittelte im Sinne dieser Bestimmungen gelten solche...

Wenn auch der Magistrat Berlin durch die von ihm eingeführte V. S. V. G. weislich Vorsorge getroffen hat, wenn ferner gegenüber dem Vorkahre mit einem zehnfachen Vorratsquantum an Ersatzbrennstoffen Berlin in den Winter hineingehst, so wäre es dennoch falsch, anzunehmen, daß damit eine Brennstoffnot auch nur annähernd beseitigt ist...

Für über 700 000 Mark Steuerbanderolen gestohlen.

Ein Schnapddiebstahl, der im Osten der Stadt verübt wurde, führte zur Aufklärung von großen Bänderolen-Diebstählen, die für eine ganze Reihe von Zigarettenfabrikanten und Händlern ein sehr unangenehmes Kopfweh haben werden...

Anten und Händler große Gewinne einstrichen. Im ganzen wurden nach den Feststellungen des Dezernats für über 700 000 M. Steuerbanderolen gestohlen und verkauft...

Im Lauderheim zu Klein-Ragnow können während der Monate September bis Dezember eine größere Zahl fleischfächtiger 14- bis 18-jähriger Mädchen, die wohl unterernährt, aber organisch gesund sind und nicht in ärztlicher Behandlung stehen...

Zwei reisende Räuber wurden von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen, ein 18 Jahre alter aus Breslau gebürtiger Glasfleischer Adolf Nierzewa und ein 23 Jahre alter Berliner Erwin Münzer...

Ein Schadenfeuer kam gestern Abend nach Geschäftsschluss in den Räumen unserer Verlagssbuchhandlung, Lindenstr. 3, aus. Glücklicherweise wurde es sofort bemerkt und konnte durch das entschlossene Eingreifen einiger technischer Angestellten schnell gelöscht werden.

Verlorene Beitragsmarken. Der Bezirkskassierer des Metallarbeiterverbandes Wilhelm Köhler, Luisenstr. 22, Dorfparterre, hat Montag Abend in einem Mäuseremmelkasten an der Pultgasse einen Briefumschlag mit 203 Marken zu 40 Pf. und 100 zu 2 M. verloren...

Preis. Ein freudhaftes Spiel treibt in der Umgegend von Brühl seit einiger Zeit ein unbekanntes, der es auf kleine, der Schule noch angehörende Mädchen abwechseln zu haben scheint. Vor einigen Tagen hatte er die achtjährige Tochter eines Priester-Einwohners unter harmlosem Vorwand mit in die Nähe von Mariendorf genommen...

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Gültigkeit des Abschnitts Y der alten Karte zum Bezugs von 7 Pfund Kartoffeln wird bis auf weiteres verlängert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 1. September:

- Wahlkreis Tiergarten. 3. 4. 37 bis 41. Abt.: 7 Uhr: Konferenz aller Funktionäre, Bezirksführer, Betriebsleiter...

Morgen, 2. September:

- 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Köner, Hermannstr. 25: Funktionärskonferenz. Die Bezirks- und Gruppenführer werden gebeten, ihre Bücher mitzubringen...

Jugendveranstaltungen.

Alle Mitglieder, die am Donnerstag nachmittag frei haben, treffen sich zwecks Teilnahme an einer Demonstration um 2 Uhr in der Invaliden-, Ecke Heidestraße (Nähe Lehrter Bahnhof).

Heute, 1. September:

- Buchholz. Gemeindeschule, Berliner Straße 10, Unter Weid. - Erster. Schule, Adlerstraße. Vortrag: August Sebel. - Friedrichs-

- hagen. Schornmeierstr. 106a. Mitgliederversammlung. - Lichtenberg. Vorstand 10. Mitgliederversammlung. - Prenzlauer Vorstadt. Schule, Rosenstraße 6/7. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerbund, Ortsgruppe Neußeln. Sonnabend 7 Uhr in der Ideal-Vollge. Weißstr. 10. Mitgliederversammlung. - Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung...

Sport.

- Rennen zu Grunewald. 1. Drilus-Rennen. 16 000 M., 1800 Meter. 1. Carols (Wägig), 2. Wächter (Herbert), 3. Rarr (Kahnke)...

Der Arbeiter-Wasserport-Verband (Kreis I, Berlin-Brandenburg) erlaubt hierdurch nochmals sämtliche Vereine seines Mitgliedsbereichs, am Sonntag, den 6. September, zum 'Internationalen Jugentag' geschlossen und aktiv mitzuwirken...

Aus aller Welt.

Seemannstod.

Der Dampfer Größ Gott des Norddeutschen Lloyd, der den Verkehr zwischen Swinemünde und Danzig vermittelt, traf infolge des furchtbaren Sturmes mit 18 Stunden Verspätung ein. Auf der Höhe von Rixhöft wurde von Größ Gott der Untergang eines mit Holz beladenen im Schlepptau befindlichen kleinen Beobachtet...

Waffenlieferungen. Den Wiener Blättern zufolge fanden in der Enzesfelder Munitionsfabrik Verhaftungen leitender Persönlichkeiten, Beamter und Arbeiter statt. Die Behörden haben Schiedungen von Waffen und Munitionsvorräten im Betrage von sieben Millionen Kronen entdeckt...

Riz deutsch! Die Brüsseler 'Gazette' berichtet unter der Überschrift 'Man spricht deutsch', daß eine Brüsseler Bank diese Worte auf Plakaten, die sie in einigen Badeorten aushängte, anbrachte, und meint dazu: 'Geschäfte mit Deutschland machen, ich bin, aber es in dieser Form latiblatig belanntgeben, das führt zu weit. Die Anschläge sind salbunglos zerrissen worden. Was denkt Vandalenelbe davon? Will er nicht Gendarmepatrouillen organisieren, um die Aufschriften 'Man spricht deutsch', die nach das Tageslicht erblicken könnten, zu schägen?' - Vandalenelbe schwimmt schon nach Georgien.

Der nummerierte Tommy. Ein englischer Armeebefehl bestimmt, daß in Zukunft die Nummerbezeichnung der englischen Soldaten nicht mehr regimenterweise gegeben, sondern durch das ganze Heer durchgeführt werden soll; ein Soldat wird demnach während seiner gesamten Dienstadt dieselbe Nummer führen, auch wenn er einem anderen Verbände überwiesen wird...

Ehrung deutscher Schiffe in Teneriffa. Nach einer Meldung aus Teneriffa, dem Haupthafen auf der größten spanisch-kanarischen Insel, hat die dortige Bevölkerung die Ankunft der ersten deutschen Dampfer nach dem Kriege mit großer Freude aufgenommen. Es lagen gleichzeitig die Dampfer Cronshagen von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und Passat von der Woermann-Linie Hamburg im Hafen...

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Im Norden und Osten zeitweise heiter, aber veränderlich, überall ziemlich kühl, im westlichen Binnenlande überwiegend bewölkt und anfangs noch leichte Regenschauer.

Anruf an alle Brillenträger!

(Nachdruck verboten.)

Nicht der Gründung eines neuen, überflüssigen Vereins gilt dieser Anruf, sondern um wichtige Interessen handelt es sich.

Tragen Sie nicht eine Brille, sondern einen Aneifer!

Das ist zwar das Gegenteil von dem, was früher die Ärzte anrieten, aber Umstände ändern die Sache und die Ärzte haben ihre bisherige Ansicht auch geändert.

Nur die Brille hatte eben genügend festen Sitz bei jeder Arbeit oder körperlichen Anstrengungen. Nur die Gläser der Brille nahen so genau vor die Augen, daß diese bei richtiger Zusammenstellung der künstlichen Linien ungefahr dasselbe leisten konnten, wie normale, fehlerlose Augen. Und nur die Brille wurde deshalb verordnet.

Der Aneifer war aber verordnet und damals mit Recht. Er war bei der Arbeit unbequem, weil er schlecht sah; infolgedessen wurde er vielfach abgelegt, wo es zur Schonung der Augen besser gewesen wäre, Gläser zu tragen.

Er fiel beim Lesen vornüber und ergab dann ein vergerichtetes Bild und überanstrengte die Augen. Die

Gläser hingen nach außen seitwärts herab, und auch, wo das (bei einem besonders breiten Kalenrücken) nur in geringem Maße der Fall war, nahen sie sich doch dem Abstände der Augen von einander nicht an, die Pupille stand, statt genau hinter dem Brennpunkt des Glases, hinter dem oberen oder seitlichen Rande und oft von dem einen Glas weiter entfernt als von dem anderen.

Dadurch aber wurden wiederum die Augen in eine unnatürliche, schiefende Stellung gezwungen, was Nebenanstrengung, schnelle Ermüdung, Nervosität und Kopfschmerzen, besonders aber eine schnelle Verschlechterung des Sehvermögens verursachte.

Das trifft heute alles nicht mehr zu!

Der Lohmann-Aneifer sitzt bei der angestrengtesten körperlichen Tätigkeit so fest und sicher wie eine gutpassende Brille und ohne jeden lästigen Druck.

Er sitzt auch genau so richtig, und jeder Arzt, der ihn kennt, wird erklären, daß er gegenüber der Brille keinerlei Nachteile, andererseits aber manche Vorteile hat.

So schreibt uns ein langjähriger Brillenträger:

Ich freue mich sehr über den erhaltenen Aneifer. Er sitzt sehr gut, drückt nicht und ist trotz der scharfen Krümmung äußerst leicht. Ich werde nun

wohl die Brille, die ich seit 30 Jahren trage, ganz ablegen und mich nur noch Ihres Aneifers bedienen.

L. Herold, Gr.-Weisköpfung. Dabei ist der Lohmann-Aneifer nicht teurer als andere moderne aus denselben hochwertigen Rohstoffen und mit derselben Sorgfalt gearbeitete Klemmer. Denn wer heute trotz gleichbleibender, in Wirklichkeit sogar erhöhter Selbstkostenpreise Augengläser 'billiger' anpreist, zeigt, daß er bisher übermäßig hohen Gewinn hatte, oder aber jetzt unter dem Anzeichen eines besonders günstigen Angebotes mindere Waren bei minderen Leistungen loszuwerden sucht.

Der Lohmann-Aneifer ist die empfehlenswerteste zurzeit existierende Konstruktion, und jeder, der sich jahrelang mit seinem alten Aneifer herumgequält hat, ist erfreut und beglückt über den bequemeren, festen und guten Sitz.

So schreibt u. a. Herr Leutnant V. Berndt: Mit dem Lohmann-Aneifer bin ich außerordentlich zufrieden, denn 'beim Reiten' oder 'Laufen' sitzt er völlig fest.

Auch Garantien sogenannten kostenlosen Ertrages, die in Wirklichkeit doch nur Scheingarantien sind, gewährleisten keine Zufriedenheit. Denn das, was in 99 von 100 Fällen zerbricht, sind Gläser, Horn- teile usw. Diese aber sind von solchen Scheinbar

alles erzielenden Garantien wohlweislich ausgeschlossen, müssen also voll bezahlt werden.

Die Herstellerin der Lohmann-Aneifer, die Triebzentrale Aneifer-G. m. b. H., Berlin W., Potsdamer Straße 184A (geöffnet von 9-6 ununterbrochen, währenddem gründliche Augenprüfung jederzeit kostenlos ohne jeden Kaufzwang gewährt wird) unterbietet keine Zweiggeschäfte, sondern liefert nur direkt an das Publikum. In Filialen aber können weder die Auswahl noch die Hilfsmittel einer Zentralfabrik geboten werden. Der Lieferant würde seine Kräfte ersplittern und an absolutem Vertrauen einbüßen müssen; Sie würden niemals das Höchste geboten bekommen und nirgends wirklich zufrieden gestellt werden. Das aber will die Lohmann-Aneifer-Gesellschaft eben nicht. Was sie verspricht, hält sie auch. Darum schreibt auch z. B.:

Herr Leutnant Widert, A. N. 20, Altona: Ich habe den Aneifer - wohl 1917 - von Ihnen gekauft. Er hat sich ausgezeichnet bewährt und voll erfüllt, was in Ihren Reklamen versprochen wurde.

Auswärtige Abnehmer werden gebeten, Prospekt 2 L zu verlangen, und bekommen dann gleichzeitig Mitteilung, welche Angaben erforderlich sind, um einen unter Garantie tabellos liegenden Lohmann-Aneifer zu erhalten.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Madame Butterfly. 7 Uhr.

Schauspielhaus. Fuhrmann Henschel. 7 Uhr.

Deutsches Theater. Faust I. 7 Uhr.

Kammerspiele. Frühling Erwachen. 7 Uhr.

Gr. Schauspielhaus. Lysistrata. 7 Uhr.

Königgrätzer Straße. Geständnis. 7 Uhr.

Baummeister Solness. Schauspiel von Henrik Ibsen. 7 Uhr.

Berliner Theater. Der letzte Walzer. 7 Uhr.

Central-Theater. Die verschwundene Panthe. 7 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Postillon von Lonjumeau. 7 Uhr.

Friedr.-Wilhelms-Theater. Der blonde Traum. 7 Uhr.

Kleines Theater. Die Pfarrhauskomödie. 7 Uhr.

Reichshaus. Der Floh im Panzerhaus. 7 Uhr.

Komische Oper. Liebe im Schnee. 7 Uhr.

Leutschke-Theater. Arnold Block in: Zwangs-Einquartierung. 7 Uhr.

Metropol-Theater. Hollandweibchen. 7 Uhr.

Neues Central-Theater. Die Dame im Frack. 7 Uhr.

Neues Operettenhaus. Die Csikosbaronesse. 7 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Biberpelz. 7 Uhr.

Schiller-Theater. Nathan der Weise. 7 Uhr.

Thalia-Theater. Hohelild die Tänzerin. 7 Uhr.

Tham Nollendorfsplatz. Wenn Liebe erwacht. 7 Uhr.

Walther-Theater. Der ersten Liebe gold. Zeit. 7 Uhr.

Walther-Theater. Die Frau im Dunkeln. 7 Uhr.

Walther-Theater. Die Internationale. 7 Uhr.

Casino-Theater. Knorp's sel. Witwe. 7 Uhr.

Admirals-Palast. Fieri in St. Moritz. 7 Uhr.

Reichshaus-Theater. Steffner Sänger. 7 Uhr.

Apollo-Theater. Herbst-Sensations. 7 Uhr.

Hannussen. 5 Carras. 7 Uhr.

Tegethoff. Madame Laure. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 2 Planks. 7 Uhr.

Volksbühne. Der Richter von Zalamea. 7 Uhr.

Lessing-Theater. Die Tänzerin. 7 Uhr.

Deutsches Künstler-Theater. Geschlossen. 7 Uhr.

Rose-Theater. Die Ratten. 7 Uhr.

Trion-Theater. Hansel Arnsdadt in Untreu. 7 Uhr.

Residenz-Theater. Die Freundin. 7 Uhr.

Winter-Garten. Die Freundin. 7 Uhr.

4 Perez. 7 Uhr.

Maat Senkleer. 7 Uhr.

Anny Milos. 7 Uhr.

Stavrides und Negrel. 7 Uhr.

Max Hansen. 7 Uhr.

Rafayettes. 7 Uhr.

Gärtner-Truppe. 7 Uhr.

Walhalla-Theater. Saison-Beginn. 7 Uhr.

Wilhelm Hartstein. 7 Uhr.

Morikplatz. 7 Uhr.

L. und M. Lee. 7 Uhr.

Walter Pintus. 7 Uhr.

Harile und Eltra. 7 Uhr.

Varieté-Programm. 7 Uhr.

Wagner-Abend. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Edler u. Nicki. 7 Uhr.

Theater i. d. Königgrätzer Straße. Baummeister Solness. Schauspiel in drei Akten von Henrik Ibsen.

Komödienhaus. Eine Nacht im Paradies. Operette von Walter Bromme. Ab Mittwoch, den 1. September, täglich 7 1/2 Uhr.

Theater am Nollendorfsplatz. Wenn Liebe erwacht... Operette in 3 Akten nach v. Schönthan u. Koppel-Ellfeld von Herman Haller.

CAFÉ TIVOLI. CHAUSSEE-STRASSE 23. Heute sowie jeden Abend ab 7 Uhr: Erich Carow.

Orient. Strausberger Platz. 5 Minuten vom Alexanderplatz. Erstklassiges Kabarett.

Juwelen Perlen Margraf & Co. Ankauf von Juwelen Margraf & Co.

Günstiger Restaurantverkauf. Volkshaus in einer mittleren Industrie- und Hafenstadt ist zu verkaufen.

Max Grix Grigori Truppe Paul Steinitz. Tschetschorke-Marheineke und die übrigen September-Schlager.

Elite-Sänger. Neues Programm. Theater a. Kottbus. Tel.: Moritzplatz 14814.

Zigarren. Suche nach einige Duzer abnehmer für Zigarren (dritte Zigarillos) in der Preisliste 420 bis 100 pro Duzer.

Schlaflos. Infolge nervöse Unruhe und Erregungen, Schlafstörungen werden behoben durch Sedament.

Erfinder. beehren sich zur Umwandlung und Verkauf ihrer Erfindungen, Ideen eines Patentanwärtlers.

Brillanten. Gold, Silber, Platin und Zahngebisse zu höchsten Preisen.

Kupfer. Messing, Zinn, Ant. Blei, Platin, Gold- und Silbergebisse sowie sämtliche u. Edelmetalle taucht höchstschön.

Heilstätten-Geld-Lotterie. 250 000 Lose 10 536 Geldgewinne. Ziehung schon 9., 10. und 11. Sept. 20.

250000 M. 750000 M. 300000 M. 200000 M. Lose zum amt. Preis von 3.00 Mark.

Brillanten, Perlen, Edelsteine. Platina bis 150 M., Gold bis 32 M., Silber bis 1,20 M.

Schallu. Rauch. Im grossen Schauspielhaus. Bahn, Friedrichstr. Fernspr. Nord. 0643.

GENUINE mit Fern Andra MORGEN MARMORHAUS. Vorverkauf: A. Wertheim und Tageskasse Schall und Rauch, 11-1.

Voranzeige! Hiermit gestatten wir uns die ergebene Mitteilung zu machen, daß wir das Café Empire Schönhauser Allee 6/7 nach erfolgter Neuarichtung am Mittwoch, den 1. September, nachm. 4 Uhr eröffnen.

Mittwoch, 1. Septbr., nachm. 3 Uhr Rennen zu Karlshorst.

Union-Klub, Berlin. Annahme für Vorwetten für Rennen in Berlin und im Reich. Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge.

Möbel auf Bar oder Kredit zu den billigsten Preisen u. leichtesten Bedingungen. Möbel-Groß Große Frankfurter Str. 141.

Zinn! Lotzins! Wellmetall! Kupfer! Rotgült! Messing! Aluminium! Nickel! Zink! Stahl! Quecksilber! Glühkörperabfälle! 100 M. 1 Stanniolpapier! Kapselblei!

Nochmals: Zweierlei Bedingungen?

In unserer Donnerstagabend-Ausgabe wiesen wir unter der Ueberschrift: „Zweierlei Bedingungen?“ auf die höchst eigenartige Tatsache hin, daß Cachin und Frossard seit ihrer Rückkehr nach Paris eine lebhaftige Agitation für den Anschluß der französischen Partei betrieben, ohne jedoch bisher die Moskauer Vorbedingungen mitgeteilt zu haben, insbesondere jenen Punkt 7, wonach u. a. Genosse Longuet aus-geschlossen werden müßte, ehe von einer Zulassung der Franzosen in der Dritten Internationale die Rede sein könne. Es gab dafür nur zwei Erklärungen: entweder hatten die beiden französischen Abgeordneten ihren Genossen die Wahrheit vorenthalten, oder waren die von den Moskauern den Franzosen gestellten Forderungen milder und veröhnlicher als jene, die Crispin und Däumig nach Berlin zurückgebracht haben und die die „Freiheit“ veröffentlicht hat.

Nun sind die Moskauer Bedingungen auch in Frankreich endlich bekannt geworden. Allerdings nicht durch die Vermittlung Cachins und Frossards, sondern durch eine Veröffentlichung des „Bulletin Communiste“, des Organs des Vorot-Szilgels der französischen Partei. Der „Populaire“ vom 30. August druckt nun diese Bedingungen nach dem „Bulletin Communiste“ ab.

Durch die Veröffentlichung wird das Rätsel, auf das wir hinwiesen, zum Teil gelöst, zum Teil aber auch noch verdunkelt.

Im allgemeinen deckt sich der in Paris veröffentlichte Text wörtlich mit dem der „Freiheit“. Es sind aber den Franzosen nur 18 Punkte mitgeteilt worden (statt 21 den Deutschen), und in der Reihenfolge sind ebenfalls gewisse, jedoch unwesentliche Änderungen festzustellen.

Das aber, worauf es ankommt, nämlich die Forderung nach Ausschließung von Longuet, ist in dem „Bulletin Communiste“ nicht enthalten. Es heißt darin nur:

„Die kommunistische Internationale vermag nicht zu dulden, daß notorische Reformisten, wie Turati, Modigliani und andere das Recht haben sollen, als Mitglieder der Dritten Internationale zu gelten.“

Im Text, den die „Freiheit“ veröffentlicht hat, lautet die betreffende Stelle bekanntlich wie folgt:

„Die kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hilskuit, Longuet, Mac Donald, Modigliani und andere repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Mitglieder der Dritten Internationale zu gelten.“

Es ist durchaus möglich, daß das „Bulletin Communiste“ im Hinblick auf die katastrophale Wirkung, die diese Proskriptionsliste auf den allergrößten Teil der französischen Partei machen würde, die meisten Namen — vor allem den Longuets — einfach unterschlagen hat.

Ferner fehlen die zwei letzten Bedingungen vollständig, die in mancher Hinsicht als die drückendsten und unannehmbarsten angesehen werden können, nämlich der Punkt 20, wonach mindestens zwei Drittel der Mitglieder des künftigen Zentralkomitees schon frühere unzweideutige Anhänger der Dritten Internationale sein müßten, und der Punkt 21, wonach alle Parteimitglieder, die sich grundsätzlich gegen die Moskauer Bedingungen und Leitsätze aussprechen, auszuscheiden sind. (Diese Forderung erstreckt sich naturgemäß auch auf die Delegierten zum nächsten Parteitag der Franzosen bzw. der Unabhängigen.)

Es scheint also, daß es tatsächlich zweierlei Bedingungen gebe und daß Cachin ohne Kenntnis des endgültigen Wortlautes nach Paris verfahren habe. Auch sollen nach einer erstaukten Bemerkung des „Populaire“ Cachin und Frossard dem französischen Parteivorstand nur von neun Punkten erzählt haben.

Indessen aber müßte man in Paris schon längst den Wortlaut der „Freiheit“ kennen. Warum aber hat ihn bis Sonntag die „Humanité“ ihren Lesern verschwiegen? Es scheinen also nicht ganz einwandfreie Manöver in Paris im Gange zu sein, um die Parteimitgliedschaft und die öffentliche Meinung im unklaren über die Wahrheit zu lassen und um den Anschluß durch eine Uebersumpfung herbeizuführen.

Der Steuerabzug.

Dubwigshafen, 31. August. In einer Versammlung der Dubwigshafener Betriebsräte wurde, der „Välzischen Post“ zufolge, einem Antrage des Betriebsrates der Wabischen Anilin- und Sodafabrik stattgegeben, der in der Steuerfrage örtliche Unternehmungen so lange hinauschieben will, bis die sofort einzuberufende Reichskonferenz der Betriebsräte entschieden habe. Die Reichskonferenz sei bis zum 8. September spätestens einzuberufen.

Das Graphische Kartell hatte eine Entscheidung eingebracht, die die Steuerfrage durch den Reichstag, als auf dem einzig möglichen gesetzlichen Wege, gelöst wissen wollte.

Noch keine Einigung in Stuttgart.

Stuttgart, 31. August. Die heute vormittag mit der württembergischen Regierung abgehaltenen Besprechungen von Vertretern der Arbeitgeber und der Streikleitung über die Voraussetzungen und Bedingungen für eine Beilegung des Streiks haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Eine heute nachmittag abgehaltene Versammlung der Betriebsräte hat beschlossen, den Streik in verschärfter Weise fortzuführen. Die Verhandlungen wurden am Abend wieder aufgenommen.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministers wird die Gültigkeit des § 1b der vorläufigen Bestimmungen zum Lohnabzug vom 23. Juli 1920 über die Freilassung von Durchschnittsbeiträgen vom Steuerabzug bis Ende September 1920 verlängert.

Der „Rote-Armee“-Schwindel.

Der Dieb als alldeutscher Gewährsmann.

Hamburg, 31. August. (Z.N.) Die Hamburger Polizeibehörde teilt mit: Die „Hamburger Warte“ hatte behauptet, sie habe Beweise dafür, daß auch in den Reihen der Hamburger Sicherheitswehr mit Erfolg für die Rote Armee geworben wäre. Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Gewährsmann der „Hamburger Warte“ dieselbe Person sein wird, die kürzlich für die „Hamburger Warte“ dem Kriegsvorleistungsdienst ein Protokoll gestohlen hat und deswegen vom Kriegsvorleistungsdienst sofort entlassen wurde. Diesem Gewährsmann gegenüber hatten zwei wegen dienlicher Verfehlungen aus der Polizeitruppe entlassene Wachtmeister geäußert, sie gingen am liebsten zur Roten Armee. Bei ihrer Vernehmung bestritten sie, für die Rote Armee angeworben zu haben, sie kennen die Rote Armee nur durch die Zeitungen.

Gegen polnische Willkür — Für deutsche Neutralität.

Die vom Bezirksvorstand der S. P. D. gestern Abend veranstalteten Volksversammlungen waren durchweg sehr gut besucht. Mit regem Interesse wurden die brennenden Fragen erörtert, die gegenwärtig die Öffentlichkeit beherrschen. Strengste Durchführung der Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Neutralität Deutschlands notwendig sind, Hilfe für die unter den gewalttätigen Uebergriffen der Polen in Oberschlesien leidenden Deutschen, das waren die Forderungen, die von den Referenten sowie von den Diskussionsrednern vertreten wurden. Scharfe Verurteilung fand die Untätigkeit der Regierung,

die samt dem Reichstag in einer gefährlichen Situation in Polen ging und nichts von sich hören läßt.

In der Brauerei Königsplatz war der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Der Referent, Genosse Heilmann, gab auf die Frage, was die Regierung in der gegenwärtigen Situation tue, die Antwort: „Nichts.“ Der Redner erinnerte daran, daß, als noch Sozialdemokraten in der Regierung saßen, diesen von den Gegnern unserer Partei die Schuld an allem Elend, das in Deutschland herrscht, zugeschoben wurde. Aber unter der jetzigen bürgerlichen Regierung — so führte der Redner aus — ist nichts besser, aber manches schlimmer geworden. Die Regierung hat vollständig versagt. Es ist notwendig, daß

das deutsche Volk bald zu Neuwahlen aufgerufen wird, die hoffentlich so ausfallen werden, daß die Sozialdemokraten ihre Plätze in der Regierung wieder einnehmen können. Öffentlich wird unser Parteitag die Parole ausgeben, daß die Sozialdemokratie keinen Finger rühren darf, um die Regierung Heidenbach-Simons im Amte zu halten; unsere Partei muß vielmehr alles tun, um diese Regierung zu stürzen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem der Redner die durch den russisch-polnischen Krieg herbeigeführte Situation geschildert hatte, betonte er, daß wir alles ausbieten müssen, um zu verhindern, daß Deutschland in kriegerische Operationen hineingezogen werde, und daß die von der ganzen Arbeiterklasse einmütig geforderte Neutralität aufrecht erhalten werde. — Was Oberschlesien anbetrifft, so verlangen wir, daß die Abstimmung ohne Beeinflussung, in voller Freiheit vollzogen wird. Unter dieser Voraussetzung sind wir sicher, daß sich die Mehrheit des ober-schlesischen Volkes für Deutschland und für die deutsche Kultur

entscheiden wird. (Lebhafter Beifall.) Deutschland hat nicht die materielle Möglichkeit und auch nicht den Willen, zum Schwert zu greifen. Es kämpft in Zukunft nur mit geistigen Waffen und lenkt nur noch den Weg des Friedens. Auf diesem Wege allein können wir Oberschlesien retten. Auf diesem Wege allein kommen wir zum Sozialismus. (Stürmischer Beifall.) In den Konzertsälen, Kommandantenstraße, sprach vor über-

fälliger Versammlung Genosse Heller. Er sagte u. a.: Für die Hand- und Kopfarbeiterchaft ergibt sich in der jetzigen äußerst ernsten Situation die Pflicht,

eiserne Nerven

zu behalten und sich weder von nationalistischen Phrasenhelden noch von kommunistischer Seite zu irgendwelchen unbedonnenen Handlungen hinziehen zu lassen. In der Diskussion meldeten sich ein Kommunist und zwei Unabhängige zum Wort. Der Kommunist forderte auf zum Kampf für die Diktatur des Proletariats und verwies auf Moskau. Ein Unabhängiger sagte, daß er bis jetzt der Unabhängigen Partei angehört habe, daß dort aber jetzt nur blutdürstige Reden und Diskussionen zu hören sind, die nichts mit Sozialismus zu tun haben. Er stimme deshalb mit dem Referenten vollständig überein, daß die Hand- und Kopfarbeiterchaft alle Ursache hat, sich nicht von irgendwelcher Seite mißbrauchen zu lassen. Im Schlußwort widerlegte der Referent die Ausführungen des Kommunisten. Die Versammlung nahm einstimmig die bekannte Resolution an.

Die im „Volks-Haus“ in Charlottenburg abgehaltene Versammlung war überfüllt. Der Referent Ulrich Kaucher fand lebhaften Beifall. Die Diskussion wurde von einem Kommunisten geführt. Die vorgelegte Resolution wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Über 500 Personen besuchten die Versammlung in der Brauerei in der Schauffstraße. Der Referent Genosse Siering fand lebhaften Beifall. Die Versammlung nahm einen sehr würdigen Verlauf.

In Sichtenberg ist die Versammlung gut verlaufen. Die Diskussion war sehr lebhaft und interessant.

General Hoffmann als Diskussionsredner.

Ein eigenartiges Intermezzo ereignete sich in der Versammlung, die in der Turmstraße (Wahnenhof Brauerei) lag. Nach dem Referat des Genossen Erwin Barth meldete sich ein Herr zum Wort, der sich als der von Dreß-Litowitz her bekannte General Hoffmann vorstellte. Er wurde in vollkommener Ruhe angehört. Von geistiger Bedeutung waren seine Worte nicht, er predigte die üblichen Gemeinplätze über Juridiktation des Parteibaders und nationale Einigung angesichts der Not des Vaterlandes. Als er über den Frieden von Versailles sprach, übte ihm aus der Versammlung der Freisinnler „Dreß-Litowitz“ entgegen. General Hoffmann scheint indes sein dortiges Auftreten total vergessen zu haben, denn er bekannte sich — jetzt — zu einer Verständigung mit Rußland, ganz gleich, welche Regierung das russische Volk wähle, ob Lenin oder Jar. — Von mehreren folgenden Diskussionsrednern wurde General Hoffmann an sein Verhalten beim Frieden von Dreß-Litowitz erinnert, doch nahm die Diskussion einen durchaus ruhigen Verlauf.

Die Kappuntersuchung im R. W. M.

Der Ausschuss beendet seine Arbeiten.

Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, sind durch den Chef der Personalabteilung des Reichswehrministeriums, General v. Braun, eine Anzahl Kappuntersuchungsfälle, die dem Untersuchungsausschuss vorlagen, während der Abwesenheit des Staatssekretärs Genossen Stock zurückgezogen worden. Genosse Stock hat nach seiner Rückkehr die Zurückleitung dieser Akten veranlaßt, sie sind vom Ausschuss aufgearbeitet worden, und damit ist die Tätigkeit des Ausschusses beendet. Genosse Stock arbeitet an einer Zusammenstellung der gesamten Untersuchungsergebnisse und wird diese Zusammenstellung der Öffentlichkeit übermitteln.

Sedanfeier und Schule.

Die „Tägliche Rundschau“ für und gegen Schuldisziplin.

Von zuständiger Stelle wird den „P. P. N.“ geschrieben: Gegen den Kultusminister Haenisch werden in der rechtsstehenden Presse die lärmendsten Angriffe wegen seines Verbotes von Schulfeiern am Sedantage erhoben. In der „Täglichen Rundschau“ werden die Eltern sogar aufgefordert, die Kinder nicht zur Schule zu schicken. Die Befolgung dieses Rates dürfte für die Betroffenen nicht ohne Folgen bleiben. Es ist selbstverständlich, daß Minister Haenisch mit sämtlichen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Aufrechterhaltung der Schuldisziplin sorgen wird.

Zu der Aushebung der „Täglichen Rundschau“ möchten wir noch bemerken, daß das gleiche Blatt am Dienstag Abend unter der Ueberschrift „Herr Konrad Haenisch als Schulreformer“ einen Leitartikel bringt, der dem Genossen Haenisch an Hand eines bestimmten Beispiels (ehemalige Lichterfelder Kadettenanstalt) vorwirft, nicht für die notwendige Disziplin in der Schule zu sorgen. Der Artikel jammert:

Aus stillen, zurückhaltenden Knaben wurden laute Schreier, aus bescheidenen anspruchsvolle Kämpfer. Die früher so festgesetzte Disziplin loderte sich von Tag zu Tag mehr.

So klagt das gleiche Blatt, daß mit allen Mitteln bestrebt ist, die Schuldisziplin zu untergraben, indem es die Eltern auffordert, an einem Schultage die Kinder gegen die Anordnung zum Schulbesuch fernzuhalten. Bald ist das alldeutsche Blatt für, bald gegen die Schuldisziplin, wie es gerade in seinen Kram paßt!

Unsere Jugend.

Wilmars, 31. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Konferenz des Arbeiterjugend-Verbandes wurde von Heinrich Schulz eröffnet. Er gab die Tagesordnung bekannt:

1. Bericht der Geschäftsstelle.
2. Aussprache.
3. Anträge.

In der Aussprache sind vom Bericht zu trennen: a) Zentralisierung des Verbandes und Beiträge, b) die Frage der 18jährigen. Zu Punkt 1 gibt Albrecht den Geschäftsbericht: Im Frühjahr 1919 hatten wir 250 Vereine mit 25 000 Mitgliedern, im Frühjahr 1920 waren es 330 Vereine, Ende Juni, obgleich zu Anfang des Jahres noch sehr viele Kopplitterungen vorlagen, 330 Vereine mit über 60 000 Mitgliedern. Damit ist die Friedenszahl der Vereine fast erreicht, obgleich die Zahlen, die wir nennen können, nur, etwa die Hälfte unserer wirklichen Stärke angeben.

Blut fließt in Italien.

Mailand, 31. August. (Z.N.) Am Sonntag fanden auf Veranlassung der sozialistischen Parteien in zahlreichen Städten Italiens Versammlungen statt, um die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung zu verlangen. In Florenz kam es zu Zusammenstößen. Ein Polizist wurde getötet, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Es gab 2 Tote und viele Verwundete. Infolge dieses Vorfalls wurde ein allgemeiner Proteststreik in Florenz proklamiert. In Mailand kam es ebenfalls zu Zusammenstößen,

die in eine Prügelei ausliefen. Es wurde auch geschossen, wobei mehrere Personen leicht verletzt wurden. Zur Solidarität mit Ausgesperrten in Terni streiken die römischen Elektroarbeiter.

Die Schlacht von Belfast.

Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ aus London ist es Montag in Belfast verschiedentlich zu richtigen Schlachten gekommen, an denen über bis zu 500 Personen beteiligt waren. In den letzten 24 Stunden wurden 18 Personen getötet und 200 verwundet.

London, 31. August. (Holländisch Neuwelt.) Der inzwischen entlassene Bürgermeister von Cork sagte seiner Gattin im Gefängnis: „Wenn ich sterbe, dann gut. Dann muß der Ire gesagt werden, daß mein Tod nicht an den Subalternbeamten gerächt werden soll. Es muß der Welt klar werden, daß ich für eine große Sache sterbe. Ich bin glücklich, zu wissen, daß mein Tod die Aufmerksamkeit der Welt auf das unglückliche Irland lenken wird.“

Gegen Unternehmersabotage.

London, 31. August (Telunion). Aus New York wird gemeldet: Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat Kullage wegen geheimen Einverständnisses zur Lahmung des Handels gegen mehr als vierzig Dampfschiffahrtsgesellschaften und einnigige Makler erhoben; unter den Angeklagten befindet sich die Cunard Line und viele andere bekannte Gesellschaften.

Die englische Streikabstimmung.

London, 31. August. (W.A.S.) Der Volksgesundheitsrat der Bergarbeiter gibt das endgültige Ergebnis der Abstimmung bekannt. Danach haben für den Streik 606 782 und gegen den Streik 238 865 Arbeiter gestimmt. — In Frankreich ist man sehr beunruhigt. Die englische Regierung will die Arbeiter an dem Ertrag einer Produktionssteigerung prozentual beteiligen. Durch ein Bankenabkommen soll die Verwertung der Wertpapiere des Streikfonds verhindert werden. Aber allzu scharf macht scharf!

Saarbeamtenstreik beendet.

Saarbrücken, 31. August. (Dona.) Der Beamtenstreik hat mit der bedingungslosen Wiederaufnahme des Dienstes geendet, ohne daß bisher neue Verhandlungen mit der Regierungskommission im Gange sind, da diese mit wohlwollender Interpretation der Koalitionsparagrafen die Grenzen ihres Entgegenkommens für erreicht erachtet. Die saarländische Beamtenchaft vermißt von der deutschen bzw. preußischen Regierung eine Erklärung, die sie ermächtigt, sich dem Beamtenstatut der Saarregierung zu unterwerfen und ihr andererseits die Sicherheit gewährleistet, bei eventuellem späteren Konfliktfälle mit der Saarregierung vom Deutschaat mit gleichen Rechten übernommen zu werden. Diese Unsicherheit hat dazu geführt, daß es den deutschen Dienstverhältnissen nicht möglich ist, den erforderlichen Beamtenersatz zu bekommen. Wenn nicht bald eine Klärung eintritt, so wird die Saarregierung sich auf einen Notstand berufen können, wenn sie, wie schon angekündigt, mit Maß-Notzwingern bzw. deutschsprachigen Franzosen die Lücken im saarländischen Beamtenapparat ausfüllt.

Skandinavische Staatenkonferenz.

In der amtlichen dänischen Mitteilung über das Ergebnis der Ministerkonferenz in Kopenhagen heißt es zum Schluß: Es herrscht Einigkeit darüber, die bisherige Zusammenarbeit zwischen den drei nordischen Ländern im Völkerbund fortzusetzen, ohne eine feste Gruppe innerhalb der Bundesmitglieder zu bilden, und vorzuziehen, falls die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu suchen, um allen diesen Ländern den gebührenden Einfluß innerhalb des Bundes zu sichern, und dessen weitere Entwicklung in einer Richtung zu fördern, die mit seiner bedeutungsvollen Aufgabe übereinstimmt. Man besprach ferner die in der letzten Zeit in einzelnen Ländern angenommenen Gesetze, betreffend Schiffsfahrtsverhältnisse, die Bestimmungen zum Schaden fremder Länder enthalten, und man einigte sich, die Interessen der drei nordischen Länder wie früher durch gemeinsames Auftreten wahrzunehmen.

